Trierischer Volksfreund
SA/SO, 27./28. JUNI 2026

„Wenn die Autobahn kommt, ziehen wir weg“

In Borler ist die Welt noch in Ordnung. Familie Rost hat die Natur direkt hinterm Haus. Rehe, Füchse und Vögel kommen bis aufs Grundstück. Doch die Idylle ist bedroht. Bald führt die Trasse der A1 an dem kleinen Dorf in der Vulkaneifel vorbei. Dann wird alles anders.

VON DIRK EBERZ

In 3D-Ansicht kann man auf der Seite der Autobahn GmbH den Verlauf des A1-Lückenschlusses sehen.

BORLER Wenn Frank Rost seine Terrassentür öffnet, kann er den Blick kilometerweit in die Vulkaneifel hinein schweifen lassen. Nur Wald, Wiesen und Pferde, so weit das Auge reicht. Unserer Zeitung hat er ein Foto aus seinem Heimatort Borler (VG Kelberg) zugeschickt, das seinen unverbauten Ausblick in die Landschaft einfängt. „Ich habe wirklich eine traumhafte Lage“, sagt der 56-Jährige stolz. Das Grundstück mit Randlage in dem kleinen Eifeldorf hat er 2017 bewusst gewählt. „Meine Frau und ich sind sehr naturverbunden“, betont er. Gemeinsam genießen sie die Stille und die gute Luft.

Und sie bekommen hinter ihrem Holzhaus regelmäßig Besuch. Da kommt Rost geradezu ins Schwärmen: „Wir haben unglaublich viele Tiere auf unserem Grundstück“, sagt er. Rehe, Füchse und Marder sind Stammgäste. Auch Vögel und Igel fühlen sich auf den Wiesen wohl. „Ich habe einmal sogar einen Wolf an unserem Fenster vorbeilaufen sehen“, betont Rost. Mehr Natur geht eigentlich kaum. Ein ideales Ambiente, um vom Alltagsstress auszuspannen.

Idylle mit weitem Blick und viel Natur Doch die Idylle ist bedroht. Rost hat uns eine zweite Aufnahme zugeschickt, in die er mit braunen Strichen einen Fremdkörper in die grüne Eifellandschaft rein gepinselt hat. Genau an der Stelle wird sich schon in wenigen Jahren eine Brücke von Hügel zu Hügel über das Nohner-Bachtal spannen, um die L70 über die künftige Trasse der A1 zu führen. Die Aussicht auf eine Autobahn mit täglich knapp 20.000 Autos und Lastwagen in gerade mal 1,5 Kilometer Entfernung haben die Stimmung im Hause Rost deutlich eingetrübt. „Meine Frau ist stinksauer“, sagt der 56-Jährige. Und nicht nur sie. „Auch ich bin ich grundsätzlich gegen den Lückenschluss der A1.“

Aber die Messe scheint gelesen. 2034 sollen die ersten Fahrzeuge über den ersten Teilabschnitt zwischen Kelberg und Hoffeld rollen. Die Vorarbeiten haben bereits begonnen. Und irgendwann dürften auch in der 75-Seelen-Gemeinde Borler die ersten Bagger anrücken. „Dann haben wir Lärm, Dreck und Lastwagen direkt vor der Haustür“, ärgert sich Rost. Das wäre es dann mit schöner Aussicht und frischer Luft. „Uns persönlich wird es hart treffen – optisch, akustisch und gesundheitlich haben wir dann nur Nachteile“, klagt der 56-Jährige, der fürchtet, dass der vorwiegende Westwind ihm auch noch den Feinstaub ins Haus wehen wird.

Sorge vor Lärm, Dreck und Wertverlust Und das ist wohl noch nicht alles. „Wir sollen auch noch acht Windräder direkt vor die Nase gesetzt bekommen“, ärgert sich der Eifeler. Gerade mal 900 Meter von seiner Terrasse entfernt sollen sich die wuchtigen Rotoren der über 200 Meter hohen Anlagen drehen. Bei den Rosts sitzt der Frust entsprechend tief. Und auch im Dorf scheiden sich die Geister an der Autobahn. „Ich denke, das steht so 50:50“, schätzt Rost.

Viele Bewohner befürchten, dass mit der A1 die Immobilienpreise purzeln werden. Auch Rost ist da eher pessimistisch. „Mein Grundstücks- und Hauswert wird durch die Autobahn sinken“, sagt er im Gespräch mit unserer Zeitung. „Das ist zumindest meine persönliche Einschätzung.“ Aber mit den paar Eifelern in Borler könne man ja offenbar machen, was man wolle. Da ist es für den Pendler auch nur ein schwacher Trost, dass er künftig ein paar Minuten schneller zur Arbeit kommen dürfte.

Genau nachgerechnet hat er das noch nicht. Bisher braucht er für die gut 60 Kilometer nach Koblenz rund eine Dreiviertelstunde. „Derzeit bin ich in 20 Minuten auf der Autobahn-Auffahrt“, sagt er. „Ich kann noch nicht genau abschätzen, ob ich nach dem Lückenschluss schneller bin.“ Aber letztlich wiege auch eine mögliche Zeitersparnis die Nachteile nicht auf. „Der ländliche Raum in der Vulkaneifel ist so zersiedelt, weitläufig und hügelig mit hohem Baumbestand, dass das Vorhaben als irrwitzig zu bezeichnen ist“, klagt er.

Kritik an Prioritäten und Planung Zumal sich das Großprojekt über Jahrzehnte immer wieder verzögert habe. „Mit jedem verschwendeten Jahr wurden die Planungs- und Baukosten immer teurer und teurer“, ärgert sich Rost. „Die Bürokratie in Deutschland ist ein Monster.“ An schön gerechneten Zahlen werde den Bürgern vorgegaukelt, dass die Autobahn vorrangig gebaut werden müsse. Aber schon beim geschätzten Verkehrsvolumen meldet Rost seine Zweifel an. „Man rechnet mit 17.200 bis 24.100 Fahrzeugen täglich, dies halte ich für vollkommen überzogen.“

Der Borler sieht in der Region andere Prioritäten bei der Infrastruktur. „Wir haben in vielen kleinen Orten in der Eifel eine Schlaglochkultur, da muss dringend saniert werden“, fordert Rost. „Anstatt das Geld sinnvoll in reparierte Straßen und Brückensanierungen zu stecken, wird das Geld in einem prestigereichen Großprojekt versenkt.“ Neuerdings würden überall in der Vulkaneifel neue Schilder aufgestellt, auf denen vor Straßenschäden gewarnt werde. Sonst passiere aber nichts. „Einige Straßen sind mittlerweile so marode, dass man wie in einem Shaker durchgeschüttelt wird, wenn man darüber fährt“, ärgert sich der 56-Jährige.

Mit guten Landstraßen sei den Menschen in der Vulkaneifel somit mehr geholfen. Wer in Borler lebt, könne davon ein Lied singen. „Wir haben ja nicht mal eine Kneipe oder eine Bäckerei im Dorf“, betont Rost. „ Wir fahren bis zum nächsten Metzger sechs Kilometer nach Nohn und 13 Kilometer bis Kelberg zum Tanken und Einkaufen.“ Daran dürfte sich auch mit einem Lückenschluss nichts ändern. Und was machen sie, wenn es so weit ist? Rost selbst weiß es noch nicht genau. Aber seine Frau habe sich da schon festgelegt. „Sie sagt: Wenn die Autobahn kommt, ziehen wir weg.“

Staatsanwalt ermittelt gegen Trierer Bistumspriester

Erneut steht ein katholischer Priester aus dem Bistum Trier im Zwielicht. Gegen den Geistlichen ermittelt die Staatsanwaltschaft. Was bislang zu den Hintergründen bekannt ist.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Das Bistum Trier kommt aus den Negativschlagzeilen nicht heraus: Gegen einen Priester aus der Diözese von Bischof Stephan Ackermann hat die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Hintergrund sind Vorwürfe einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung, teilte das Bistum am Freitag mit. Der Vorwurf beziehe sich nicht auf Kinder oder Jugendliche.

Trierer Bischof Ackermann hat Geistlichen beurlaubt Konkretere Angaben zu den Hintergründen machte das Bistum nicht. Das Leitungsteam des Pastoralen Raums, die pastoralen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die Gremien an seinem Einsatzort seien aber informiert worden, ebenso die Verantwortlichen an den früheren Einsatzorten des Geistlichen.

Der Bistumspriester wurde vom Bischof beurlaubt, er darf keine Gottesdienste mehr feiern oder Sakramente spenden. Zudem wurde ein kirchenrechtliches Voruntersuchungsverfahren eingeleitet, das allerdings während der Ermittlungen ruhe. Für den Priester gelte die Unschuldsvermutung, so das Bistum in der Mitteilung.

Der Leitende Oberstaatsanwalt Gerd Deutschler in Bad Kreuznach bestätigte auf Anfrage unserer Redaktion am Freitag die Ermittlungen. Das Verfahren sei aufgrund einer von der potenziell geschädigten Zeugin persönlich erstatteten Strafanzeige eingeleitet worden. Dem Geistlichen würden sexuelle Übergriffe bei zwei persönlichen Treffen im Januar zur Last gelegt. Diese könnten den Straftatbestand der sexuellen Nötigung oder sexuellen Belästigung erfüllen. Weitere Angaben machte der Leitende Oberstaatsanwalt nicht.

Erst Anfang des Jahres musste sich ein anderer Trierer Bistumspriester wegen des mutmaßlichen Besitzes kinderpornografischen Materials vor dem Amtsgericht im saarländischen Neunkirchen verantworten. Die Hauptverhandlung gegen den Geistlichen wurde aber im Januar ausgesetzt, bis ein in Auftrag gegebenes Gutachten vorliege. Das Gutachten soll Aufschluss darüber geben, wann und auf welche Weise inkriminierte Dateien auf den Computer des Angeklagten gekommen sein könnten. Der Bistumspriester war wegen der 13 Jahre zurückliegenden Vorwürfe bereits Anfang 2022 vom Trierer Bischof beurlaubt worden.

Nach Zahlen der Unabhängigen Aufarbeitungskommission gab es in den Jahren 1946 bis 2021 mindestens 246 wegen Missbrauchs beschuldigte Priester und Laien im Kirchendienst. Die Zahl der bislang bekannten Opfer beträgt 734; es wird allerdings von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen.

Bund und Länder einig: Wer bestellt, bezahlt

Vor dem geplanten großen Reformpaket der Koalition räumt Bundeskanzler Merz Streitpunkte mit den Ländern aus dem Weg. Die Kommunen werten die Finanzreform als einen ersten Schritt.

BERLIN/MAINZ (dpa) Mit einer Finanzreform wollen Bund und Länder die Kommunen entlasten. Damit soll die Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden erhöht werden. Nach langen Verhandlungen einigten sich Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und die Ministerpräsidenten auf eine Neuregelung der Bund-Länder-Finanzen, die dem Grundsatz folgt: „Wer bestellt, bezahlt.“ Im Kern geht es darum, dass der Bund in bestimmten Fällen einen Großteil der Mehrkosten übernimmt, die den Ländern und Kommunen durch Gesetzesänderungen auf Bundesebene entstehen.

Milliarden-Entlastungen für Kommunen Merz sprach von einem großen Kostenaufwuchs und einer prekären Lage der Kommunen. Die Neuregelung solle ab dem 1. September gelten. Aus dem Bundesfinanzministerium hieß es dagegen, dass sie auf Gesetze angewandt werden solle, deren Entwürfe nach dem 1. Oktober im Bundeskabinett beschlossen werden.

„Wir bringen unser Land voran“, sagte Merz.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Gordon Schnieder (CDU) sagte: „Wir reden dann schon im nächsten Jahr über ein Entlastungspotenzial bei den Kommunen von drei Milliarden, und das ist anwachsend über die nächsten Jahre.“ Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) sprach von einem fairen Ausgleich.

CDU, CSU und SPD im Bund hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, sich am Grundsatz der „Veranlassungskonnexität“ orientieren zu wollen – dem Prinzip: „Wer bestellt, bezahlt“. Eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen wird seit Monaten diskutiert.

Bund übernimmt unter Voraussetzungen 80 Prozent Bisher entstehen vor allem den Kommunen zunehmend Mehrkosten durch sogenannte Leistungsgesetze, die auf Bundesebene beschlossen werden. Dies betrifft etwa die Kinder- und Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und das Teilhabegesetz zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Geplant ist nun ein Mechanismus, der bei neuen Leistungsgesetzen, bei Änderungen solcher Gesetze oder bei künftigen anderen Gesetzen des Bundes mit Finanzauswirkungen gelten soll. Falls sich die finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Kommunen und der Länder zusammen auf mehr als 200 Millionen Euro jährlich belaufen, soll davon der Bund 80 Prozent übernehmen, wie Lies sagte.

Die Regelung soll „symmetrisch“ wirken. Länder und Kommunen müssen den Bund kompensieren, wenn Belastungen wegfallen, wie es aus dem Bundesfinanzministerium hieß. Lies sagte: „Wenn der Bund am Ende Entscheidungen trifft, die auch dann wieder zur Reduzierung der Kosten führen, dann muss es auch ein Zurück der Mittel geben.“ Die Kompensation soll jeweils in der Regel in Form einer Anpassung des jeweiligen Anteils an den Einnahmen aus der Umsatzsteuer umgesetzt werden, wie es aus dem Finanzministerium hieß.

Nicht erfasst von der Regelung sind Steuergesetze. Immer wieder kommt es zu Streit zwischen Bund und Ländern, wenn der Bund Steuerentlastungen plant – aber diese auch für die Länder Mindereinnahmen bedeuten. Die Regelung gilt laut Merz auch nicht für EU-Vorgaben, die Deutschland umsetzen muss.

Kommunale Spitzenverbände sehen in der Finanzreform gute Ansätze“ zur Vermeidung künftiger zusätzlicher Schulden. Für akute Finanzprobleme der Kommunen gebe es allerdings noch keine „große Lösung“, teilten der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit. Das aktuelle Defizit der Kommunen von 30 Milliarden Euro pro Jahr werde maßgeblich durch die Sozialgesetzgebung des Bundes verursacht.

Pakt für den Rechtsstaat Beim Treffen der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit Merz ging es auch um einen neuen Pakt für den Rechtsstaat. „Die Menschen können sich zu Recht darauf verlassen, dass diese Regierung und die Länder miteinander handeln, dass man auch Recht bekommt in einer überschaubaren Zeit, dass hier auch der Rechtsstaat durchgreift in einer überschaubaren Zeit“, sagte Schnieder.

Vereinbart wurde, dass der Bund den Ländern mehr Geld gibt, damit diese ihre Justizbehörden digitaler machen und mit mehr Personal ausstatten können. Insgesamt geht es um 210 Millionen Euro für Digitalisierung und 240 Millionen Euro für zusätzliche Stellen in der Justiz. Außerdem soll der Bund rechtliche Voraussetzungen für schnellere, effektivere Verfahren schaffen.

Die Länder verpflichten sich ihrerseits, bis 2029 bundesweit 2.000 Richter, Staatsanwälte sowie sonstige Justizmitarbeiter einzustellen. Wer in den vergangenen Jahren schon viel neues Personal eingestellt hat, kann sich diese Stellen anrechnen lassen. Die Verhandlungen über die Details des Pakts hatten sich lange hingezogen.

Bund und Länder legten außerdem einen Fortschrittsbericht zu einer Agenda vor, mit welcher der Staat modernisiert werden soll. Das betrifft vor allem die Digitalisierung von Aufgaben. Ziel ist weniger Bürokratie. So soll ein bundesweites Pass- und Ausweisregister eingerichtet werden. Damit soll ein neuer Personalausweis künftig digital beantragt werden können - die biometrischen Daten müssen im Bürgeramt erfasst werden. Viele Familien mit kleinen Kindern sollen das Kindergeld bald ohne Antrag automatisch ausgezahlt bekommen.

Länder fordern engere Einbindung bei Steuerreform Die Einigungen zwischen Bund und Ländern kommen kurz vor einem Treffen der Koalitionsspitzen am kommenden Mittwoch. Die schwarz-rote Koalition im Bund strebt im Rahmen eines großen Pakets auch eine Reform der Einkommensteuer an, um ab 2027 kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.

Die Länder müssen einer Reform zustimmen. Schnieder sagte, die Länder wollten eine tiefere Einbindung, als dies bisher geschehen sei. Lies betonte: „Eine Steuerreform des Bundes kann nicht zur finanziellen Belastung von Kommunen oder Ländern werden.“

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch